

Deutsche Börse unterliegt künftig britischem Recht

Deutsche Wirtschafts Nachrichten
26.02.16

Die geplante Fusion zwischen Deutscher und Londoner Börse soll ihren Sitz in London haben. Die neue Superbörse soll eine Aktiengesellschaft nach britischem Recht sein. Kritiker fürchten, dass viele Entscheidungskompetenzen nach London abwandern werden.



Der von der Deutschen Börse betriebene Handelsplatz in Frankfurt. (Foto: dpa)

Die Deutsche Börse und ihr britisches Pendant, die London Stock Exchange (LSE), haben am Freitag weitere Details ihrer geplanten Fusion bekannt gegeben. **Demnach soll die geplante Superbörse ihren Sitz in London haben** und eine Aktiengesellschaft nach britischem Recht sein. Ein Hauptsitz solle aber weiter in Frankfurt am Main bleiben, teilte die Deutsche Börse mit.

Auch die künftige Führung des gemeinsamen Börsenbetreibers steht fest: **Chef des neuen Unternehmens soll demnach der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse, Carsten Kengeter, werden.** Verwaltungsratsvorsitzender des neuen Unternehmens soll Donald Brydon werden, der derzeit die gleiche Position bei der Börse in London inne hat. Insgesamt solle die Führungsriege „zur gleichen Anzahl aus Vertretern der LSE und der Deutschen Börse bestehen“.

Der Zusammenschluss soll über einen Aktienaustausch erfolgen: Aktionäre des deutschen Börsenbetreibers würden an dem künftigen Unternehmen nach derzeitigem Stand 54,4 Prozent halten, Aktionäre der LSE 45,6.

Nach dem Zusammenschluss soll das neue Unternehmen **im Premium-Segment der Londoner und der Frankfurter Börse notieren.** Es werde erwartet, dass das neue Unternehmen die Kriterien für die Aufnahme in die Leitindizes, den europäischen Index EuroStoxx, den Deutschen Aktienindex (Dax) sowie den britischen Leitindex FTSE erfüllt, teilte die Deutsche Börse mit.

Ein möglicher Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, **ein mögliche „Brexit“, ändere grundsätzlich nichts an dem Vorhaben:** Das Ergebnis des Referendums wäre „keine Bedingung für den potenziellen Zusammenschluss“, teilte die Deutsche Börse mit.

Die beiden Börsenbetreiber hatten am Dienstag überraschend bekannt gegeben, eine Fusion zu prüfen. Der mögliche Zusammenschluss solle eine Fusion „unter Gleichen“ sein. Beide Betreiber erhoffen sich davon „substanzielle“ Kosteneinsparungen – unter anderem durch den Wegfall von Doppelungen im Bereich von Technologien und Betriebsabläufen.

Zum möglichen **Wegfall von Arbeitsplätzen** machte die Deutsche Börse keine Angaben. Sie teilte lediglich mit, die Parteien erwarteten, dass die „Auswirkungen der Synergierrealisierung“ in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Unternehmen verteilt werden. Kritiker fürchten allerdings, dass viele Entscheidungskompetenzen nach London abwandern werden.